



BISTUM
TRIER

UNIVERSITÄT
TRIER



Integration und Teilhabe

Perspektiven von Geflüchteten, ehrenamtlich Engagierten
und hauptamtlich Tätigen in Trier und Umgebung

Autor:innen: Gerhild Perl, Anett Schmitz, Svenja Ludwig und Jerome Jakob

Abstract

Schon seit vielen Jahren wird in Debatten rund um die Themen Migration, Flucht und Asyl immer wieder die Integration geflüchteter Menschen in den Vordergrund gerückt. Doch was bedeutet Integration, wann gelingt sie und welche Faktoren und Strukturen sind hierfür ausschlaggebend? Der vorliegende Bericht geht diesen Fragen nach und dokumentiert die Ergebnisse der zugrundeliegenden Pilotstudie. Dabei stützen sich die Ergebnisse auf die Forschung mit drei zentralen Gruppen aus dem Migrations- und Fluchtbereich: Menschen mit einer Fluchtgeschichte, ehrenamtlich Unterstützende sowie hauptamtliche Mitarbeiter:innen. Der Bericht geht problemzentriert und praxisnah auf die für diesen Kontext zentralen Themenfelder Sprache, Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit ein und formuliert basierend auf den erhobenen Daten Handlungsempfehlungen für Praktiker:innen, Multiplikator:innen und Entscheidungsträger:innen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Ankunft in Deutschland und Asylverfahren	3
Durchführung der Pilotstudie	4
Ergebnisse der Pilosstudie	5
Sprache	6
Bildung	10
Arbeit	12
Wohnen	14
Gesundheit	16
Fazit	18

Einleitung

Immer wieder begegnen wir Debatten rund um das Thema Flucht und Integration in Deutschland. In Talkshows, politischen Diskursen oder alltäglichen Gesprächen wird deutlich, dass die Thematik auch seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ in den Jahren 2015/16 nicht an Aktualität verloren hat.

Doch wie geht es den Menschen, die um das Jahr 2015 in Deutschland angekommen sind? Welche Erfahrungen machen sie in Trier und der umliegenden Region? Welchen Barrieren begegnen sie, und welche Formen der Unterstützung erfahren sie? Welche Bedeutung haben ehrenamtlich engagierte Personen und hauptamtliche Mitarbeiter:innen, um Geflüchteten eine Ankunft und einen Verbleib in Deutschland zu erleichtern? Was verstehen unterschiedliche Akteur:innen unter „Integration“ und wie beurteilen sie staatliche Integrationsmaßnahmen?

In einer Zusammenarbeit zwischen der Professur für Ethnologie an der Universität Trier und dem Katholikenrat im Bistum Trier wurde im Zeitraum von September 2022 bis Oktober 2023 eine Pilotstudie durchgeführt, um diese Fragen zu untersuchen.

Ziel der Pilotstudie

Das Ziel der Studie ist es, die Effekte der Integrationspolitik in Trier und Umgebung aufzuzeigen. Im Zentrum dieser Untersuchung stehen Menschen, die um das Jahr 2015 in Deutschland angekommen sind, deren Asylverfahren abgeschlossen ist und die einen positiven Asylbescheid erhalten haben. Daher liegt der Fokus nicht auf dem äußerst wichtigen und komplexen Prozess des langwierigen Asylverfahrens, sondern richtet sich vielmehr auf die Zeit danach.

Dabei betrachtet die Studie Integration als einen umfassenden gesellschaftlichen Prozess, der von verschiedenen Akteur:innen und strukturellen Bedingungen geformt wird. Im Zentrum steht die Frage, wie Integration von verschiedenen Akteur:innen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gestaltet wird, welche Hindernisse auftauchen, welche Lösungsstrategien gefunden und welche Handlungsempfehlungen formuliert werden können.

Die Zielgruppen

Die Zielgruppen der Pilotstudie umfassen Personen mit einer Fluchtgeschichte, ehrenamtlich Engagierte und hauptamtliche Mitarbeiter:innen im Bereich Migration und Integration. Es ist wichtig zu betonen, dass die Grenzen zwischen diesen Gruppen fließend sein können. Personen mit und ohne Fluchtgeschichte können sich sowohl ehrenamtlich engagieren als auch hauptamtlich tätig sein.

„Wir reden ja immer von Flüchtlingen und Geflüchteten. Aber mir fällt es manchmal echt schwer, wenn da Leute sind, die seit 2015 hier sind und wir von Geflüchteten sprechen. Ich mag den Ausdruck gar nicht, weil die leben jetzt schon lange hier. Und warum müssen wir da noch von Geflüchteten sprechen? Wenn wir alle so nennen, die jemals geflüchtet sind, dann würden wir Großeltern, die von Schlesien noch hier rübergekommen sind, auch als Geflüchtete bezeichnen. Das macht man eine Zeit lang, aber irgendwann sind sie Teil der Gesellschaft.“

Expert:in zu den Themen Migration, Flucht und Ehrenamt

Kurz & Kompakt

Forschungszeitraum: Dezember 2022 bis Juni 2023

Geführte Interviews: 29

Davon hauptamtliche Personen: 14

Davon ehrenamtliche Personen: 5

Davon Geflüchtete: 13

Teilnehmende Beobachtungen und informelle Gespräche: 21

„Integration ist ein Prozess, der teilweise sehr langwierig sein kann und beidseitig geschehen muss. Also es ist nicht nur eine Einbahnstraße, nicht nur die Person muss sich integrieren, sondern auch die Gesellschaft muss Strukturen schaffen, in die sich die Personen integrieren können. Und Integration ist dann gelungen, wenn Personen ein aktiver Teil der Gesellschaft sein können.“

Migrationsberater:in

„In erster Linie bedeutet Integration, dass man nicht nebeneinander Gesellschaften aufbaut, sondern dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammen leben, zusammen arbeiten, zusammen kooperieren, sich zusammen engagieren. Und dass man eigentlich gar nicht auf Nationalität und die Herkunft blickt, sondern einfach den Menschen so wahrnimmt wie er ist. Die Gesellschaft muss Offenheit leben, damit sich die Menschen, die noch nicht so lange hier sind, auch wohlfühlen, ein neues Zuhause finden, selbstbestimmt leben können und eben auch an der Gesellschaft teilhaben können.“

Expert:in zu den Themen Migration, Flucht und Ehrenamt

Die Studie umfasst Interviews mit Vertreter:innen verschiedener Institutionen sowie teilnehmende Beobachtungen an unterschiedlichen Orten in Trier und Umgebung, in alphabetischer Reihenfolge: Ahmadiyya Muslim Jamaat Gemeinde Trier, Amt für Soziales und Wohnen Stadt Trier, Arbeitskreis Flüchtlinge Trier-Ehrang, Café International Trier-Ehrang, Caritas-Sozialstation Konz, Caritasverband Trier e. V., Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bitburg-Prüm e. V., Diakonisches Werk der Ev. Kirchenkreise, Ehrenamtsagentur Trier, Frauentreff Cafétterra Kastellaun, Handwerkskammer Trier, Multikulturelles Zentrum Trier e. V., SCHMIT-Z e. V. Trier und Treffpunkt am Weidengraben e. V. Die Auswahl der an der Studie beteiligten Organisationen beansprucht keine Vollständigkeit.

Integration – ein umstrittener Begriff

Der Begriff „Integration“ wird sowohl in der gesellschaftlichen Debatte als auch im wissenschaftlichen Diskurs kontrovers diskutiert. Zudem existiert keine einheitliche Definition für diesen Begriff. Aufgrund seiner alltagssprachlichen Verbindung zum Konzept der Assimilation, das eine einseitige Anpassung impliziert, wird die Verwendung des Begriffs kritisch betrachtet. Darüber hinaus ist dem Begriff die Vorstellung einer homogenen Gesellschaft innewohnend, die durch nationalstaatliche Grenzen definiert ist. Doch in einer Zeit zunehmender Globalisierung, transnationaler und postmigrantischer Lebensentwürfe sowie grenzüberschreitender Beziehungen ist die Vorstellung von Gesellschaft als homogenem Gebilde überholt.

Um der Diversifizierung von Gesellschaft gerecht zu werden, wird „Integration“ heute zunehmend in einem Wechselverhältnis von Inklusion und Exklusion untersucht, wobei Gesellschaft als prozessual, fragmentiert und differenziert betrachtet wird. Angesichts dieser Perspektiven stellt sich die Frage nach Integration neu: Wenn Gesellschaft keine „organische Ganzheit“ ist, können Menschen sich dann überhaupt integrieren oder sind sie nicht immer schon integriert?¹

Vor diesem Hintergrund ist eine kritische Auseinandersetzung über die impliziten Annahmen von Gesellschaft und Kultur, die in der heutigen globalisierten und vielfältigen Welt nicht mehr zeitgemäß sind und nach wie vor dem Begriff „Integration“ zugrunde liegen, äußerst bedeutsam. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage nach alternativen Ansätzen auf, die die Realitäten und Bedürfnisse von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte besser abbilden und die Entwicklung einer inklusiveren Gesellschaft fördern können.

¹ Nieswand, Boris; Drotbohm, Heike (Hrsg.). 2014. *Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung*. Wiesbaden: VS Springer.

Ankunft in Deutschland und Asylverfahren

Obwohl wir uns im Rahmen dieser Pilotstudie auf die Zeit nach dem abgeschlossenen Asylverfahren konzentrierten, soll hier kurz die Zeit des Ankommens in Deutschland umrissen werden. Dies erlaubt spezifische Einblicke in die emotional und sozial fordernde erste Phase der Ankunft, in der rechtliche und administrative Restriktionen die Lebensgestaltung und -bedingungen determinieren und individuelle Lebensentwürfe maximal einschränken.

Sobald Geflüchtete in Deutschland ankommen, müssen sie sich entweder bei der Einreise oder in speziellen PIK-Stationen registrieren lassen. Die Personendaten werden dabei im Ausländerzentralregister hinterlegt. Wurde die Person nicht bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat sowie Liechtenstein, Norwegen, Island oder der Schweiz registriert, fällt die Durchführung des Asylverfahrens in die deutsche Zuständigkeit.²

Gemäß dem sogenannten EASY-System und dem Königsteiner Schlüssel werden Geflüchtete und Asylbewerber:innen in verschiedenen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, darunter Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA), AnKER-Zentren, Transitzentren und Notunterkünfte. In Rheinland-Pfalz gibt es fünf Aufnahmeeinrichtungen. Diese befinden sich in Trier, Bitburg, Hermeskeil, Kusel und Speyer. Die Unterbringung kann aufgrund unterschiedlicher Faktoren zwischen sechs und achtzehn Monaten andauern, wobei dies in der Praxis oft variiert. Zu diesen Faktoren gehören beispielsweise die besondere Vulnerabilität oder die Familienkonstellation.

Während dieser Zeit unterliegen Asylbewerber:innen zunächst einer Residenzpflicht. Das bedeutet, dass sie sich nur in einem von den Behörden festgelegten Bereich aufhalten und diesen nicht verlassen dürfen. Nach dem positivem Asylbescheid werden sie dann in die zuständigen Kommunen verteilt.

Zwischen der Ankunft in Deutschland und der Verteilung in die Kommunen können jedoch mehrere Monate oder sogar Jahre vergehen. In diesem langen Zeitraum bleibt der Zugang zu allen wichtigen gesellschaftlichen Teilbereichen wie Sprache, Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit äußerst eingeschränkt. Erst durch den Transfer in die Kommunen können Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integrationsprogramme in Anspruch genommen werden.

Der Fokus dieser Pilotstudie liegt auf Menschen, die bereits ihren Weg in die Kommunen gefunden haben. Unser Ziel ist es dabei, besser zu verstehen, wie es diesen Personen ergeht, welchen Herausforderungen sie trotz eines abgeschlossenen Asylverfahrens und erlangtem Aufenthaltsstatus gegenüberstehen und welchen Handlungsbedarf es gibt.

² BAMF 2023. *Ablauf des deutschen Asylverfahrens. Ein Überblick über die einzelnen Verfahrensschritte und rechtlichen Grundlagen*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 02/2023, 4. aktualisierte Fassung.

Anmerkungen zur Anonymisierung

Bei sensiblen Themen wie Flucht und Migration und bei der Forschung mit vulnerablen Personen steht der Schutz der Privatsphäre an oberster Stelle. Auch die Anonymität von haupt- und ehrenamtlich tätigen Personen muss geschützt werden, da in Interviews individuelle Erfahrungen geteilt werden. Daher haben wir uns dazu entschieden, biografische Merkmale wie Geschlecht und Alter auszulassen. Für die bessere Lesbarkeit haben wir Zitate editiert, ohne dabei den Inhalt zu verändern.

Anmerkungen zur Sprache

Sowohl die Interviews als auch die Beobachtungen wurden in deutscher Sprache geführt. In drei Forschungssituationen wurden die Fragen der Forschenden durch Personen aus dem Umfeld der Teilnehmenden übersetzt. Dieser Umstand muss kritisch betrachtet werden. Das Forschungsteam spricht die relevanten Sprachen, darunter Syrisch-Arabisch, Farsi und Urdu nicht. In den oben genannten Fällen muss auf die Richtigkeit der Sprachvermittlung vertraut werden. Auch die Fähigkeit, sich in einer fremden Sprache präzise auszudrücken, war im Falle vieler Beteiligten nur begrenzt möglich. Das Deutschniveau der Befragten war laut Selbsteinschätzung im Schnitt B2.

Durchführung der Pilotstudie

Im Zuge der Forschung wurden zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 insgesamt 29 leitfadengestützte Interviews mit Menschen mit Fluchtgeschichte, ehrenamtlichen Unterstützenden und hauptamtlichen Mitarbeiter:innen im Feld der Migration und Integration geführt, wobei die Leitfäden über Feedback-Schleifen an unsere Anforderungen angepasst wurden. Ergänzt wurden die Interviews durch 21 offene, teilnehmende Beobachtungen und informelle Gespräche, welche alltagsnahe Einblicke in die Lebenswelten der Menschen mit Fluchtgeschichte, ehrenamtlichen Unterstützer:innen und hauptamtlich Tätigen gewähren.

Zugang zum Feld

Der erste Zugang zum Feld wurde durch die studentischen Mitarbeiter:innen anhand einer vom Kooperationspartner angefertigten Liste der potentiellen Kontaktpersonen hergestellt. Darüber hinaus wurden mittels Online-Recherche weitere Institutionen und Anlaufpunkte herausgesucht und kontaktiert. Der Kontakt zu Menschen mit Fluchtgeschichte wurde über zahlreiche Begegnungsorte geknüpft. Dazu gehören Sprachtreffs, Cafés und Veranstaltungen. Dort wurden teilnehmende Beobachtungen durchgeführt und einzelne Personen angesprochen. Weitere Personen wurden mithilfe des Schneeballsystems – durch Vermittlung der bereits Interviewten – akquiriert. Die ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen Forschungsteilnehmenden wurden entweder schriftlich oder telefonisch kontaktiert. Personen mit Fluchtgeschichte wurden stets persönlich durch die Forschenden selbst an unterschiedlichen Begegnungsorten angesprochen. Die Terminkoordinierung fand individuell statt.

Methodenauswahl

Im Zuge des Forschungsprojektes wurde die ethnografische Verfahrensweise ausgewählt, da diese es erlaubt, das Feld explorativ zu erschließen, die Lebenswelten der Interviewten deutend zu beschreiben und die Relevanzen aus ihrer Perspektive herauszuarbeiten. Mittels dieses methodischen Zugangs war es möglich, Binnenperspektiven zu erschließen, soziale Beziehungen auszuloten und Stimmen hörbar zu machen, die oft wenig Raum in der öffentlichen Debatte zu „Integration“ haben.

Auswertung

Nach der vollständigen Transkription der Interviews mit Hilfe des Softwareprogramms MaxQDA wurden diese in einem deduktiv-induktiv wechselseitigen Verfahren codiert und Oberkategorien zugeordnet.³ Ein Teil der Kategorien war dabei bereits durch die Schwerpunkte des Projekts vorgegeben, ein ebenso bedeutender Teil wurde durch die Feldforschung nahe am empirischen Material herausgebildet. In den Teamsitzungen wurden die Kodierungen gemeinsam besprochen und verglichen. Durch diesen intersubjektiven Austausch kann sichergestellt werden, dass Interpretationen nicht willkürlich sind. Mit dem gleichen Verfahren wurden auch die Beobachtungsprotokolle ausgewertet. Insgesamt wurden 132 Codes gebildet, auf denen die Analyse der Daten beruht.

³ Kuckartz, Udo. 2010. *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*. Wiesbaden: VS Springer.

Ergebnisse der Pilotstudie

Um zu verstehen, wie gesellschaftliche Teilhabe möglich ist und wie staatliche Integrationsanforderungen in der Praxis ausgehandelt werden, beziehen sich unsere Ergebnisse auf folgende gesellschaftliche Teilbereiche: Sprache, Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit.

In der Darstellung der Ergebnisse gehen wir jeweils auf die strukturellen Bedingungen sowie die Erfahrungen, Bewertungen und Praktiken unserer drei Zielgruppen ein. Basierend auf den erhobenen Daten, den geführten Interviews und den teilnehmenden Beobachtungen formulieren wir im Anschluss an den jeweiligen Teilbereich mögliche Handlungsempfehlungen für Multiplikator:innen, Praktiker:innen und politische Entscheidungsträger:innen, die die Praxis und Politik der Integration maßgeblich gestalten.

Die Bürokratie und das Asylsystem in Deutschland

Ein zentrales Ergebnis der Pilotstudie, das sich in allen erforschten gesellschaftlichen Teilbereichen wiederfindet, ist die Herausforderung der Bürokratie. Lange Wartezeiten und die Unerreichbarkeit von Behörden sind Probleme, mit denen viele Menschen in Deutschland konfrontiert sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere mit Fluchtgeschichte sind davon jedoch besonders stark betroffen. Für sie können bürokratische Hürden zu einer extremen Alltagsbelastung werden. Aufgrund ihres rechtlichen Status sind Geflüchtete überdurchschnittlich stark mit deutschen Behörden und rechtlichen Regulierungen konfrontiert. Die oft fehlenden Sprachkenntnisse, das komplexe Amtsdeutsch, die sprachliche Inflexibilität der Behörden und der Mangel an Sprachmittler:innen erschweren die Kommunikation. Weitere Probleme für Geflüchtete, ehrenamtlich Engagierte und Migrationsberater:innen stellen die Komplexität des deutschen Asylsystems, die Undurchsichtigkeit der Gesetzeslage und die häufige Reformierung der Gesetze dar.

Unsere Daten zeigen deutlich, dass die massive Überforderung durch das deutsche Asylrecht, die unübersichtliche Bürokratie und die nicht ineinandergreifenden Zuständigkeitsbereiche die Angewiesenheit auf Unterstützung von Migrationsberater:innen und Ehrenamtlichen erheblich verstärkt. Somit finden sich Geflüchtete in einer Lebenslage wieder, die ohne die Hilfe anderer oft nicht zu bewältigen ist. Dieser strukturell konstruierten Hilfsbedürftigkeit sollte entgegengewirkt werden.

Diese Pilotstudie bestätigt die Erkenntnisse aus der Migrations- und Fluchtforschung: **Ohne das ehrenamtliche Engagement und die effektive Zusammenarbeit mit und zwischen Migrationsberater:innen und relevanten Behörden ist eine erfolgreiche Integration nahezu unmöglich.**⁴



⁴ Hinger, Sophie. 2023. Integration. In: Scharrer, Tabea et al. (Hrsg.): *Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. Baden-Baden: Nomos Handbuch.



„Sprache ist sehr, sehr wichtig. Eine Sprache ist eine Person! Ein Mensch!“

Interviewpartner:in aus Syrien

„Es wird ja immer Zweisprachigkeit verlangt. Türkisch gilt aber nicht als zweisprachig. Wenn jemand Türkisch und Deutsch kann, ist er nicht zweisprachig, aber wenn er Englisch und Deutsch kann, dann ist er zweisprachig. Das liegt daran, dass Türkisch hier nicht anerkannt ist. Das wird nicht ernst genommen. Oder haben Sie mal irgendwo gehört: ‚Toll, die jungen Leute können alle Türkisch.‘ Das wird nie als Zweisprachigkeit honoriert. Englisch, Französisch, Spanisch, alles toll, Chinesisch noch umso besser. Und da gibt es ein Gefälle. Wenn man so ein bisschen tiefer reinschaut in diese interkulturellen Angelegenheiten, da gibt es viele Sachen, die werden einfach disqualifiziert von der Normgesellschaft.“

Hauptamtlich und ehrenamtlich tätige Person

Sprache

Sprache gilt als zentrales integrationsförderndes Element für ein Leben in Deutschland. Menschen mit Fluchtgeschichte, ehrenamtlich Unterstützende und hauptamtliche Mitarbeiter:innen bewerten Kenntnisse der deutschen Sprache als den Schlüssel zur Integration. Sprachkenntnisse öffnen Türen. Sie erleichtern den Alltag, sei es bei der Job- und Wohnungssuche, bei der Kinderbetreuung oder bei den Behördengängen. Sprache und Sprachkenntnisse spielen in allen gesellschaftlichen Teilbereichen wie Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit eine grundlegende Rolle.

Zudem wird Sprache von allen drei Zielgruppen als ein identitätsstiftendes Phänomen betrachtet, das für die gesellschaftliche Teilhabe relevant ist. Deutschkenntnisse helfen demnach beim Aufbau von sozialen und beruflichen Beziehungen, der Kommunikation mit Behörden und stiften darüber hinaus ein Gefühl der Zugehörigkeit. Die Erstsprache(n) werden jedoch auch als äußerst wichtig eingeschätzt, insbesondere für das Aufrechterhalten von alten und den Aufbau von neuen sozialen Beziehungen mit Menschen, die dieselbe Sprache sprechen.

Zwischen Motivation und Demotivation

Ein sicherer Aufenthaltstitel und eine langfristige Bleibeperspektive in Deutschland sind zentral für die Motivation des Spracherwerbs. Ebenfalls wichtig sind Bildungsmöglichkeiten und die Anerkennung der Qualifikationen, um den erlernten Beruf in Deutschland ausüben zu können. Die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung der eigenen Zukunft, der Wunsch nach sozialen Kontakten im Aufnahmeland und das Streben nach finanzieller Unabhängigkeit beeinflussen die Motivation für den Spracherwerb wesentlich.

Frustrierend wirken sich die lange Wartezeit und der Mangel an spezialisierten Sprachkursen aus. Insbesondere hochqualifizierte Menschen sind mit dem Problem konfrontiert, dass sie sich entweder die hohen Kosten der Spezialisierungskurse nicht leisten können oder es schlicht kein passendes Spezialisierungsangebot gibt. Die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen hängt eng mit dem Aufenthaltsstatus und den jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen zusammen. Besonders für Menschen mit Duldung stellt der eingeschränkte Zugang zu Sprachkursen häufig ein Problem dar.

Ein weiteres Problem betrifft die unterschiedliche Bewertung von Sprachen. So ist die Erfahrung von Menschen mit Fluchtgeschichte und ehrenamtlich Engagierten, dass Zweisprachigkeit in unserer Gesellschaft oft einseitig bewertet wird, wobei einige Sprachen mehr Anerkennung erhalten als andere. Die geringe Wertschätzung bestimmter Sprachen und die fehlende Anerkennung von individuellen Sprachkompetenzen haben einen demotivierenden Effekt.



Besonders demotivierend auf den Spracherwerb wirkt sich der von Behörden und punktuell auch von Mitarbeiter:innen in Beratungsstellen ausgeübte Druck aus. Viele Menschen mit Fluchtgeschichte, die an dieser Studie teilgenommen haben, empfinden das Beharren auf die ausschließliche Verwendung der deutschen Sprache und die fehlende Bereitschaft in einer Fremdsprache zu sprechen, als Stressfaktoren, die mitunter Versagensängste auslösen. Diese Defizitorientierung wird als frustrierend beschrieben, da sie Scham und Angst erzeugt und die Hemmung verstärkt, Deutsch zu sprechen. Wie unsere Daten zeigen, sind druckfreies Lernen, respektvoller Umgang, Kommunikation auf Augenhöhe und die Wertschätzung der Mehrsprachigkeit entscheidend für die Motivation zum Deutschlernen.

Die vielfältigen Wege zum Spracherwerb

Spracherwerb ist ein langwieriger Prozess und wird von vielen Faktoren wie Alter, Bildung und gesundheitlichen Belastungen beeinflusst. Lernvoraussetzungen und -möglichkeiten sind von individuellen, strukturellen und sozialen Bedingungen abhängig.

Unsere Daten zeigen, dass die Mehrheit der Menschen mit Fluchtgeschichte gerne besser Deutsch können würde, und zwar unabhängig von Alter, Herkunft, Bildung und Geschlechtsidentität. Wir konnten außerdem beobachten, dass bei der Frage, wie der Erwerb der deutschen Sprache stattfinden sollte, ein großes Spektrum von unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Erfahrungen, Meinungen und Überzeugungen existiert.

Sprach- und Integrationskurse

Der Spracherwerb von Geflüchteten in Deutschland ist rechtlich geregelt. Staatlich zertifizierte Sprachkurse, strukturiert durch das BAMF, sind beschränkt auf Personen mit Aufenthaltstitel oder guten Bleibeperspektiven, wobei eine Kostenbefreiung möglich ist. Alphabetisierungskurse stehen für diejenigen zur Verfügung, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben. Die Kurse decken lateinische Schrift und Deutsch ab, ohne Alphabetisierung in der Muttersprache. Erfolgreiche Absolvent:innen erhalten Sprachniveau-Zertifikate.

Bewertung der Sprach- und Integrationskurse

Unsere Forschung zeigt, dass ehrenamtlich Engagierte und Personen mit Fluchtgeschichte die staatlichen Sprach- und Integrationskurse anders bewerten als hauptamtlich Beschäftigte. Während letztere die inhaltliche und didaktische Qualität der Kurse hervorheben und gleichzeitig tendenziell die fehlende Motivation der Lernenden bemängeln, so kritisieren erstere die schlechten Rahmenbedingungen, lange Wartezeiten, den bürokratischen Aufwand, Unklarheiten in der Finanzierung, Zugangsbeschränkungen sowie die inhaltliche und didaktische Qualität der Kurse. Menschen mit Fluchtgeschichte heben kritisch hervor, dass in Kursgruppen, in denen viele Teilnehmende dieselbe Erstsprache teilen, immer wieder in dieser gesprochen wird, was den Lernerfolg im Deutschen schmälert.

„Mit Druck geht es nicht. Es gab hier in der Gruppe deutsche Frauen, die gesagt haben: ‘Ich spreche mit dir nur Deutsch.’ Und dann war hier Stille. Dann habe ich gesagt, das ist nicht mein Anliegen. Alle dürfen sich hier in ihrer Sprache austauschen, weil sie sollen ja auch einen Ort haben, wo sie einfach sein können, mit Problemen, mit Lust, mit Freude, ganz egal.“

Mitarbeiter:in in einem Sprachcafé

„Nichtsdestotrotz würde ich sagen, Sprache ist das Allerwichtigste. Man muss sie nicht perfekt sprechen, aber man muss sich verständigen können. Und deswegen finde ich es wichtig zu ermutigen, die Sprache zu sprechen, sich zu trauen, etwas auf Deutsch zu sagen. Weil auch erst, wenn man etwas sagt, kann man auch etwas verstehen.“

Mitarbeiter:in in einem Sprachcafé



„Wir haben selbst am Anfang niedrigschwellige Kurse angeboten und viele Ehrenamtler haben das auch gemacht. Das geht für die allerersten Schritte, aber sobald es ums tiefere Sprachverständnis geht, braucht man die offiziellen Sprachkurse. Und ich glaube, wenn sie einen super Sprachlehrer oder -lehrerin haben, dann lernen die Leute auch leichter. Und der Fachkräftemangel ist auch hier spürbar. Also gute, qualifizierte DaF-Lehrkräfte zu finden, ist ganz schwierig.“

Hauptamtlich und ehrenamtlich tätige Person

„Ich glaube, eine Sprache zu erwerben als Mensch, der in einer Krise steckt, ist sehr schwierig, und damit eben auch für Flüchtlinge! Also wir lernen Sprachen, wenn wir eine Corona-Pandemie oder Urlaub haben und sagen ‚Ich will jetzt unbedingt eine Sprache lernen.‘ Das heißt, ich habe Zeit, Muße und Bock. Aber Geflüchtete lernen eine Sprache in einer Zeit, in der sie Existenzangst haben. Da ist es einfach schwierig, eine Sprache zu lernen. Das heißt, man braucht vielleicht auch einfach mehr Geduld oder die Lehrkräfte müssen mit mehr Empathie vorgehen.“

Bildungsexpert:in im Bereich Migration und Flucht

Ein weiterer Kritikpunkt richtet sich an die große Bedeutung, die der Grammatik zugeschrieben wird. Es wird berichtet, dass Lehrinhalte zu komplex und nicht vollumfänglich dem Alltagsleben der Menschen angepasst sind, wodurch sie das Gelernte nur teilweise anwenden können.

Zudem wird kritisiert, dass es zu wenige Sprachkurse mit entsprechender Betreuung für (Klein)kinder gibt. Dies wirkt sich wesentlich auf den Spracherwerb von Personen mit Betreuungspflichten, insbesondere Frauen, aus.

Offene Lernangebote

Die Stadt Trier zeichnet sich durch eine relativ große Bandbreite von offenen Lernangeboten aus. Insbesondere seit dem Jahr 2015 engagieren sich Ehrenamtliche, um das geringe staatliche Angebot zu erweitern und den damit einhergehenden Zugangsbeschränkungen entgegenzuwirken. Kursleiter:innen aus dem Bereich der offenen Lernangebote sind nicht berechtigt, offiziell anerkannte Sprachzertifikate auszustellen.

Unsere Forschung zeigt, dass Menschen mit Fluchtgeschichte die offenen Lernangebote sehr positiv bewerten, da sie eine zwanglose Lernumgebung bieten und den Fokus auf den praktischen Gebrauch der deutschen Sprache legen. Sie fördern den interkulturellen Austausch und bauen Hierarchien ab. Offene Lernangebote dienen auch als Orte der Begegnung und ermöglichen den direkten Sprachaustausch mit Deutschsprachigen. Sie ergänzen die staatlichen Sprachkurse und sind für viele Teilnehmer:innen von großer Bedeutung.

Mittels teilnehmender Beobachtungen konnten wir feststellen, dass in den offenen Lernangeboten eine andere Vorstellung von Integration gelebt wird, als in den offiziell lizenzierten Sprachkursen: Nicht die Menschen müssen sich integrieren, sondern die deutsche Sprache wird spielerisch in den Begegnungsalltag der Menschen integriert.

Alternative Wege zum Spracherwerb

Der Spracherwerb und die Kommunikation erfolgen kreativ und informell über verschiedene Wege. Tandempartnerschaften, Übersetzungs-Apps, nonverbale Kommunikation und Online-Angebote spielen eine wichtige Rolle. Insbesondere Tandempartnerschaften fördern über direkte soziale Beziehungen den Spracherwerb. Übersetzungs-Apps werden häufig genutzt bei Behördengängen und Arztbesuchen, sind jedoch sehr fehleranfällig. Nonverbale Kommunikation, insbesondere Gestik und Mimik, helfen bei der Verständigung. Nicht-zertifizierte Sprachkurse in sozialen Medien und relevante Websites werden ebenfalls genutzt. Die Selbstbewertung der Sprachkenntnisse beeinflusst die Kommunikationsbereitschaft, und der Kontakt mit Deutschsprachigen trägt zur Verbesserung der Sprachfertigkeit bei.

Handlungsempfehlungen

... für Behörden, Ämter, Migrationsberatungsstellen und ehrenamtlich Engagierte

- Es empfiehlt sich, Stellen in relevanten Behörden und der Migrationsberatung mehrsprachig zu besetzen, die Bereitschaft zur sprachlichen Flexibilität zu verstärken und die Zusammenarbeit mit Sprachmittler:innen zu intensivieren. Dies würde sicherstellen, dass relevante rechtliche und administrative Informationen verstanden werden. So kann eine effektive, transparente und zugängliche Beratung für Menschen mit unterschiedlichem Sprachhintergrund garantiert werden.
- Der Zugang zu qualifizierten Sprachmittler:innen sollte verbessert werden. Schulungen, die für kulturelle Praktiken, religiöse Wertvorstellungen, transnationale Zugehörigkeiten, Geschlechtsidentität und Sexualität sensibilisieren, sind zusätzlich angeraten.
- Eigene Werte und die unterschiedliche Bewertung von Sprachen sollten kritisch hinterfragt werden. Dies bedeutet, Vorurteile und Stereotype im Umgang mit unterschiedlichen Sprachen und Herkunftsländern bewusst anzugehen und zu überwinden. Eine inklusive und respektvolle Haltung gegenüber verschiedenen Sprachen und Kulturen ist unerlässlich, um eine effektive Migrationsberatung und ehrenamtliche Unterstützung zu gewährleisten und damit eine erfolgreiche und gesamtgesellschaftliche Integration zu fördern.

... für Sprachkurse und offene Lernangebote

- Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für zertifizierte Sprach- und Integrationskurse ist notwendig. Wartezeiten und bürokratischer Aufwand sollten reduziert werden, um den Zugang zu den Kursen zu erleichtern.
- Es empfiehlt sich eine Überprüfung und gegebenenfalls Überarbeitung der Lehrinhalte von zertifizierten Sprach- und Integrationskursen, um sicherzustellen, dass sie praxisnah und auf das Alltagsleben der Lernenden zugeschnitten sind.
- Neben der Schaffung von mehr Sprachkursen sollte in eine angemessene Betreuung für (Klein)kinder investiert werden, um die Teilnahme von Eltern, insbesondere Müttern, zu erleichtern.
- Ehrenamtliche leisten sehr wichtige Arbeit im Rahmen der offenen Lernangebote. Ihre didaktische Expertise sollte anerkannt und weiter ausgebaut werden, da die offenen Lernangebote eine äußerst wichtige Ergänzung zu den zertifizierten Sprach- und Integrationskursen darstellen.
- Um die Teilnahme an offenen Lernangeboten zu erleichtern, sollte die Zugangsmöglichkeit verbessert werden. Dies kann einerseits durch die Bereitstellung von finanzieller Unterstützung für den öffentlichen Nahverkehr geschehen. Andererseits sollten Kurszeiten mit Familie und Beruf vereinbar sein.



„Es mangelt einfach an Angeboten von Sprachkursen. Vor allem, wenn man irgendwo im ländlichen Raum untergebracht ist, man muss dann erst mal in den nächstgrößeren Ort kommen, wo der Sprachkurs ist. Was brauche ich dafür? Ein Busticket, das muss ich bezahlen, und ich überlege mir zweimal, ob ich das kaufe, weil ich halt wenig Geld habe.“

Bildungsexpert:in im Bereich Migration und Flucht



Info

Im Rahmen dieser Pilotstudie haben wir ausschließlich mit volljährigen Personen geforscht. Aus diesem Grund geben unsere Ergebnisse keinen Einblick in das spezifische Feld der Schulbildung.

„Deutschland ist eine Zertifikatsgesellschaft. Wenn du keinen Abschluss vorlegen kannst, kannst du keine Ausbildung machen.“

Migrationsberater:in

„Das vermisse ich sehr in Deutschland: Qualifikationen anzuerkennen aus anderen Ländern. Bei uns muss man alles mit Brief und Siegel haben. Es nützt nichts, sehr klug zu sein und überall zurechtzukommen, wenn du nicht den Stempel vom Abitur hast. Du kannst super intelligent sein, du kannst jeden Studenten ins Nirvana schicken mit deiner Intelligenz, du kriegst keine Zulassung an der Universität, wenn du nicht diesen Wisch hast. Und das ist, was in Deutschland schwierig ist.“

Ehrenamtliche Person

Bildung

Die Bildungsmöglichkeiten, die eine Person in ihrem Herkunftsland oder während der Flucht hatte, spielen eine zentrale Rolle für berufliche Perspektiven in Deutschland. Insbesondere für den Erwerb der deutschen Sprache sind Bildungshintergrund, Lerngewohnheiten und Mehrsprachigkeit von großer Bedeutung. Ebenso wichtig sind Motivation, Zugang und Zeit.

Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Eines der größten Probleme im Bereich der Bildung, wie im Bereich der Arbeit, stellen die Hürden in der Anerkennung von Zertifikaten dar, die außerhalb Deutschlands oder der EU erworben wurden. Die strengen Richtlinien von Qualifikationsfeststellungsanalysen und HWK-Prüfungen sowie die generelle Unwissenheit über solche Angebote führen dazu, dass einschlägige Berufskennnisse, Ausbildungen oder Studienabschlüsse in Deutschland nur äußerst selten anerkannt werden. Die Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Kompetenzen und Bildungsabschlüsse gestaltet sich langwierig und birgt oft geringe Erfolgchancen.

Für unsere Forschungsteilnehmer:innen ist das Bildungsthema daher nicht bloß mit bestehenden beruflichen Qualifikationen verknüpft, sondern insbesondere mit der Herausforderung der deutschen Bürokratie. Ein zentrales Ergebnis der Pilotstudie ist dementsprechend, dass Menschen mit Fluchtgeschichte besonders stark von einer Dequalifizierung sowohl im Bildungssystem als auch am Arbeitsmarkt betroffen sind.

Alter und Geschlechtsidentität

Personen mit Fluchtgeschichte, die eine Ausbildung oder Umschulung anstreben, stehen vor dem Problem der Altershöchstgrenzen und der dadurch ausbleibenden Finanzierung durch das Jobcenter. Rechtlich, so wurde uns von verschiedenen Seiten berichtet, gäbe es keine Einschränkungen bezüglich des Alters und der Umschulung, dennoch sei das Angebot in diesem Bereich begrenzt. Dies führt dazu, dass Menschen mit Fluchtgeschichte ab einem bestimmten Alter vor dem Dilemma stehen, dass sie ihren erlernten Beruf – sei er handwerklich oder akademisch – aufgrund fehlender Anerkennung in Deutschland nicht ausüben können und gleichzeitig zu alt sind, um sich umschulen zu lassen.

Eine weitere Hürde, um neue Bildungswege einzuschlagen, stellt die Kinderbetreuung dar, die meistens von Frauen übernommen wird. Zum Einen fehlen Einrichtungen und Finanzierungen, zum Anderen bevorzugen es manche Eltern, dass ihre Kinder nicht fremd betreut werden. Dies führt dazu, dass oft nur Männer einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit nachgehen. Daher bleibt vielen Frauen der Zugang zu Ausbildungen versperrt, was weitreichende Konsequenzen für ihre beruflichen Möglichkeiten hat. Sowohl Frauen mit Fluchtgeschichte als auch ehrenamtlich Tätige äußern den Bedarf von berufsbezogenen Teilzeitausbildungen für Frauen, die wahrgenommen werden können, sobald die Kinder in Kindertagesstätten oder Schulen betreut werden.



Stadt-Land-Gefälle

Ein weiteres Problem ist das Stadt-Land-Gefälle. Besonders in ländlichen Gebieten sind die Möglichkeiten zur Ausbildung begrenzt, der öffentliche Nahverkehr ist schlecht ausgebaut und kostspielig. In ländlichen Regionen gibt es zudem nur sehr begrenzte Angebote der Kinderbetreuung. Diese Schwierigkeiten führen dazu, dass insbesondere Frauen in diesen Regionen oft eingeschränkte Zugänge zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben.

Gründe, die gegen eine Ausbildung sprechen

Unsere Forschung verdeutlicht, dass für zahlreiche Personen mit Fluchtgeschichte eine zügige Inklusion in den Arbeitsmarkt von größerer Bedeutung ist als eine berufliche Ausbildung oder Umschulung. Diese Priorisierung ist auf die fehlende Anerkennung von vorhandenen Bildungsabschlüssen, den Wunsch nach finanzieller Unabhängigkeit sowie auf die familiären Bindungen und Verpflichtungen zurückzuführen. Um den Alltag zu bewältigen, sind viele Familien im Herkunftsland von regelmäßigen Geldüberweisungen der geflüchteten Angehörigen in Deutschland abhängig. Ausbildungs- und Umschulungsprozesse erfordern Zeit und Geduld. Zudem geht mit ihnen ein großer bürokratischer und oft auch ein finanzieller Aufwand einher. Aus diesen Gründen entscheiden sich viele Geflüchtete gegen eine Ausbildung bzw. Umschulung und akzeptieren unsichere Arbeitsverhältnisse und unterbezahlte Beschäftigungen, da sie auf diese Weise schneller Einkommen erzielen können.

„Ich kenne einen Arzt aus Syrien, der bei Amazon arbeitet. Er hat drei Jahre auf die Anerkennung gewartet. Vor zwei Monaten hat er sie so halb bekommen. Er darf aber trotzdem nicht als Arzt arbeiten. Er muss Praktika und eine Ausbildung zum Krankenpfleger machen und alles nochmal lernen.“

Interviewpartner:in aus Syrien

Handlungsempfehlungen

- Trotz praktischer Qualifikationen scheitert der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung oft an fehlenden sprachlichen Kompetenzen. Es ist daher zentral, eine Lösung zu finden, die auch Fachkräften mit begrenzten Deutschkenntnissen ermöglicht, Schulungen erfolgreich zu beenden. Dies würde auch dem bestehenden Fachkräftemangel entgegenwirken.
- Der Prozess der Anerkennung von Bildungsabschlüssen sollte entbürokratisiert und beschleunigt werden. Es ist notwendig, dass die Anerkennung von Zertifikaten flexibler gestaltet wird. Es bedarf einer größeren Offenheit gegenüber alternativen Qualifikationen, die nicht dem traditionellen Bildungsweg entsprechen. Dies könnte durch flexiblere Validierungsmaßnahmen von beruflichen Fähigkeiten und Kompetenzen erreicht werden, unabhängig von formalen Abschlüssen.
- Um eine Chancengleichheit insbesondere für Frauen und ältere Personen zu erreichen, sollten die Angebote von Teilzeitausbildungen ausgeweitet und Altersbegrenzungen abgeschafft werden, auch auf dem Land. Um die Vereinbarkeit von Bildung und Familie sowie Beruf zu ermöglichen, sollten Zugänge zum öffentlichen Nahverkehr und Kinderbetreuungsangeboten gewährleistet werden.

„Also das Teilzeitausbildungsgesetz ist ganz toll. Es steht auf Seite der Menschen, jedem steht dieser Weg frei. Ich kann auch ohne Kind eine Teilzeitausbildung machen. Das Problem ist eher, dass die Betriebe auf dieses Angebot noch nicht so toll eingehen, das heißt Betriebe, die statt Vollzeit diese Teilzeitausbildung anbieten, gibt es noch zu wenig.“

Expert:in im Bereich Arbeit und Ausbildung



„Also viele sagen uns: ‘Ich habe in der Türkei zehn, zwölf Stunden am Tag gearbeitet, ich brauche dieses blöde System nicht. Geben Sie mir Arbeit!’ Aber das ist bei uns alles so strukturiert und formalisiert, dass man ohne Zertifikat wirklich nur in diesen Hilfstätigkeiten bleibt und die frustrieren natürlich. Und das führt dazu, dass man irgendwann keine Lust mehr hat, weil man sich nicht hocharbeiten kann, denn dafür braucht man ja schließlich ein Zertifikat.“

Migrationsberater:in

„Ich habe in Syrien fünfzehn Jahre als Rechtsanwalt gearbeitet. Vorher habe ich in Aleppo an der Uni vier Jahre Jura studiert. Mein Zeugnis ist in Deutschland anerkannt, aber leider kann ich hier nicht als Rechtsanwalt arbeiten. Die Gesetze sind unterschiedlich. Und deswegen habe ich hier keine Chance, eine Arbeit in diesem Bereich zu finden. Ich habe ein bisschen die Sprache gelernt, ich habe Deutschkurse besucht, ich habe die B1 und B2 Prüfungen bestanden. Und ich habe auch freiwillig im Ehrenamt gearbeitet.“

Interviewpartner:in aus Syrien, zur Zeit arbeitssuchend

Arbeit

Eine sichere Arbeitsstelle ist für Menschen mit Fluchtgeschichte von großer Bedeutung. Erwerbstätigkeit und somit finanzielle Unabhängigkeit beeinflussen die gesellschaftliche Teilhabe. Sie erlaubt Menschen in Deutschland Fuß zu fassen, Kontakte zu knüpfen und eine dauerhafte Bleibeperspektive zu entwickeln.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt gestaltet sich für Geflüchtete jedoch äußerst komplex, ist eng mit dem Aufenthaltsstatus verknüpft und hängt davon ab, ob Geflüchtete in einer Aufnahmeeinrichtung oder in Kommunen untergebracht sind und ob ihr Herkunftsland als sicher eingestuft wird oder nicht. Personen mit einem positiven Asylbescheid und somit einer Arbeitserlaubnis sind mit großen Hürden konfrontiert, die an das bereits besprochene Problem der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und beruflichen Kompetenzen geknüpft ist. Zudem gestattet die deutsche Arbeitserlaubnis oft keine grenzüberschreitende Tätigkeit, was angesichts der Nähe zu Luxemburg von vielen Interviewpartner:innen als problematisch bewertet wird.

Prekäre Arbeitsverhältnisse

Aufgrund des steinigen Weges der Zertifikatsanerkennung, der rigorosen Verfahren, den langen Wartezeiten und den teils hohen Gebühren ergreifen viele Geflüchtete eine Arbeit, für die sie überqualifiziert sind. Sowohl Geflüchtete mit hoher als auch niedriger Qualifikation landen somit in prekären Arbeitsverhältnissen.

Viele berichten von schwerer körperlicher Arbeit und Bezahlung auf Mindestlohnbasis, die oft niedriger ausfällt als der Bezug von Sozialleistungen, was zu großer Frustration führt. Viele Unternehmen bieten Probearbeiten an, die es Menschen mit Fluchtgeschichte ermöglichen, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Allerdings müssen diese kritisch betrachtet werden: Probearbeiten sind oftmals unbezahlt und können zu einer Ausbeutung der Arbeitskraft führen. Für Menschen mit Fluchtgeschichte ist es extrem schwierig eine unbefristete und angemessen entlohnte Arbeitsstelle zu finden.

Obwohl die Anerkennung von universitären Abschlüssen ein schwieriger und oft erfolgloser Prozess ist, berichten einige unserer Interviewpartner:innen, dass sich Menschen mit akademischem Abschluss meist schneller an die neuen Strukturen und administrativen Abläufe in Deutschland gewöhnen und daher rascher erwerbstätig werden.

Alter, Gesundheit und Geschlechtsidentität

Wie im Bereich der Bildung sind insbesondere ältere Menschen, Personen mit gesundheitlichen Beschwerden und Frauen mit spezifischen Problemen konfrontiert. In Gesprächen mit älteren Personen mit Fluchtgeschichte wird deutlich, dass sie aufgrund ihres Alters keine Umschulung oder neue Ausbildung beginnen wollen bzw. können. Die Gründe dafür sind vielfältig und eng verknüpft mit Zugangsbeschränkungen, familiären Verpflichtungen und zeitlichen Ressourcen. Oft erlaubt es der gesundheitliche Zustand nicht, einer physisch anstrengenden Arbeit nachzugehen.



Körperliche Beschwerden und psychische Belastungen führen zu ernstzunehmenden Einschränkungen, welche wiederum die Abhängigkeit von Sozialleistungen verstärken.

Ähnlich wie im Bereich der Bildung stellt die Kinderbetreuung ein zentrales Problem dar. Daher sind besonders Frauen von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Um die Situation von Frauen zu verbessern, existieren in Trier bereits von der Stadt geförderte Initiativen, Informationsveranstaltungen, Kurse und Beratungsgespräche für Frauen mit Migrationshintergrund und Fluchtgeschichte, die eine Integration in den Arbeitsmarkt anstreben.

Unterstützung bei der Arbeitssuche

Es gibt zahlreiche Wege zur Unterstützung bei der Arbeitssuche. Die Handwerkskammer berät Migrant:innen und Menschen mit Fluchtgeschichte, die eine Ausbildung anstreben oder als Fachkraft anerkannt werden möchten. Migrationsberatungen, Migrationsfachdienste, die Agentur für Arbeit und Integrationskurse bieten weitere Hilfe. Ehrenamtliche unterstützen Geflüchtete bei der Durchsicht von Stellenanzeigen und Übersetzungen. Zudem spielen soziale Netzwerke eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Stellen. Teilweise vermitteln Hauptamtliche und Ehrenamtliche auch innerhalb ihrer Netzwerke.

„Gerade für Familien mit mehreren Kindern kann die Betreuung sehr belastend sein. Daher sind es oft die Männer, die eine Arbeit haben und da merkt man auch, dass sie die Sprache anders lernen. Wenn man täglich Kontakt mit der deutschen Sprache hat, ist es anders, als wenn man zuhause bei den Kindern ist.“

Pädagogische Fachkraft

Handlungsempfehlungen

- Die bürokratischen Hürden zur Erlangung einer Arbeitserlaubnis sollten minimiert und gezielte Beratungsangebote zum Arbeitsrecht verstärkt werden. Grenzüberschreitendes Arbeiten, beispielsweise in der Großregion, sollte durch die Arbeitserlaubnis ermöglicht werden.
- Geflüchteten sollten mehr Möglichkeiten für Aus- und Weiterbildungen geboten werden, um ihre Qualifikationen zu verbessern und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Die Weiterbildungen sollten praxisnah und bedürfnisorientiert sein. Vor allem Berufe, die dringend Fachkräfte benötigen, könnten Angebote erweitern, wie ein Freiwilliges Soziales Jahr, faires Probearbeiten oder Umschulungen.
- Es sollte besondere Aufmerksamkeit auf die Integration von älteren Menschen, Personen mit gesundheitlichen Beschwerden und Frauen gelegt werden, um Diskriminierung am Arbeitsmarkt zu verhindern und Chancen zu verbessern.
- Die Zusammenarbeit zwischen Migrationsberatungen, Wirtschaft und ehrenamtlich Engagierten sollte in den Fokus gerückt und verstärkt werden. Bestehende Netzwerke sollten erweitert und insbesondere weitergegeben werden, wenn Stellen umbesetzt oder Ehrenämter aufgegeben werden. Hierzu können auch regionale wie überregionale Netzwerktreffen erweitert werden, um Arbeitsstellen und berufliche Perspektiven vermitteln zu können.

„Arbeit bedeutet Menschen kennenlernen – und damit Netzwerke und Kontakte aufbauen.“

Migrationsberater:in



„Oft gibt es Probleme mit dem Umzug. Wo kriege ich eine Wohnung her, wo kriege ich vor allem eine finanzierbare Wohnung her? Eine Wohnung, die das Jobcenter bezahlt und leider muss man den meisten sagen: Das ist aufgrund mangelnder Wohnungen schwierig bis unmöglich. Das Sozialamt mietet zwar nochmal extra an, aber man merkt den Druck hier. Der Druck auf Trier, Konz, Saarburg, überall hier unten, in dieser Ecke ist es extrem geworden.“

Migrationsberater:in

„Eine Wohnung zu finden ist sehr schwer. Oft akzeptieren die Vermieter keine Sozialhilfe. Wenn du zum Vermieter gehst und sagst, dass du vom Jobcenter bezahlt wirst, sagt er: ‚Nein, ich will so jemanden nicht.‘ Oder: ‚Aus welchem Land kommst du?‘ ‚Syrien.‘ Und die Antwort ist dann: ‚Nein, nein, ich will keine Araber.‘ Ich habe das oft persönlich oder bei Freunden erlebt.“

Interviewpartner:in aus Syrien

Wohnen

Für viele Menschen stellt das eigene Zuhause einen Ort dar, an dem der Alltag stattfindet, Beziehungen gelebt und Intimität geteilt werden. Besonders nach einschneidenden Ereignissen wie Krieg, Flucht und Gewalt sowie der Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen, wo die Privatsphäre stark eingeschränkt ist, gewinnen die „eigenen vier Wände“ an enormer Bedeutung.

Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, dass das Finden einer Wohnung und der Zugang zum Wohnungsmarkt für Menschen mit Fluchtgeschichte aufgrund von Wohnungsknappheit, teuren Mieten und Rassismus eine große Herausforderung darstellt. Aufgrund seiner Nähe zu Luxemburg zieht Trier internationale Wohnungssuchende und Pendler:innen an. So wird die Suche nach bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Fluchtgeschichte, in Trier und Umgebung aufgrund der allgemein angespannten Wohnungssituation noch schwieriger. Doch auch im ländlichen Raum wird uns aufgrund der steigenden Nachfrage von Pendler:innen vermehrt von Wohnungsknappheit und gestiegenen Mietpreisen berichtet.

Rassismus

Ein grundsätzliches Problem, das von allen drei Zielgruppen angesprochen wird, ist das Thema Rassismus und Diskriminierung von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt, sei es aufgrund der Herkunft, des Namens, der Hautfarbe oder der Sprache. Vorurteile und dadurch verursachte Wohnungsabsagen von Vermieter:innen und Makler:innen führen häufig dazu, dass Betroffene auch unzureichende Wohnungen mit erheblichen Mängeln akzeptieren. Ein weiteres Problem in diesem Kontext betrifft die Diskriminierung von Geflüchteten aufgrund ihrer sozialen Zugehörigkeit, wenn sie beispielweise über wenig Einkommen verfügen. Vom Jobcenter finanzierte Wohnungen werden von Vermieter:innen ambivalent bewertet: Für die Einen stellt die staatliche Unterstützung eine finanzielle Sicherheit dar, von den Anderen wird die Abhängigkeit von Sozialleistungen stigmatisiert.

Unterstützungsstrukturen und bürokratische Hürden

Umso wichtiger werden die haupt- und ehrenamtlichen Unterstützungsstrukturen bei der Suche nach einem geeigneten Wohnraum. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die sozialen Netzwerke, die sowohl aus ehrenamtlichen Unterstützer:innen als auch aus Freund:innen, Familie und Bekannten bestehen können. Sie helfen nicht nur bei der Wohnungssuche, sondern agieren oft auch als Bürgen für die finanzielle Mietgarantie bei potenziellen Vermieter:innen, um den Betroffenen überhaupt eine Chance auf eine Wohnung zu geben. Die hauptamtlichen Migrationsberater:innen betonen in diesem Kontext, dass sie aufgrund ihrer breiten Aufgabenpalette oft zeitlich zu eingeschränkt sind, um Menschen mit Fluchtgeschichte die adäquate Beratung und Begleitung anzubieten. Im Alleingang eine Wohnung zu finden, ist jedoch auch aufgrund von Sprachbarrieren und bürokratischen Hürden oft nicht möglich. An die komplexen rechtlichen und administrativen Anforderungen des deutschen Wohnungsmarktes, wie das Unterzeichnen von Mietverträgen, Einhaltung von Kündigungsfristen oder das Hinterlegen von Kautionen müssen sich viele Menschen mit Fluchtgeschichte gewöhnen, da diese zunächst eigentümlich erscheinen.



Mobilität und Wohnen

Eine wichtige Erkenntnis unserer Forschung ist die Verzahnung von Mobilität und Wohnungssuche. Um die soziale Teilhabe zu fördern, müssen die Voraussetzungen für Mobilität erfüllt sein. Dies stellt für Menschen mit Fluchtgeschichte oft eine Herausforderung dar. Während des Besuchs von Integrationskursen erhalten sie zwar eine Fahrkarte, aber darüber hinaus oft keine finanzielle Unterstützung für den öffentlichen Nahverkehr. Aus diesem Grund ziehen es viele vor, in und um die Kernstadt Trier zu wohnen, da dort Hilfsangebote wie Migrationsberatung und offene Lernangebote zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind. In unseren teilnehmenden Beobachtungen konnten wir feststellen, dass Personen, die in andere Stadtteile umgezogen sind, diese Angebote oft nicht mehr in Anspruch nehmen, da die Fahrzeiten zu lang und die Kosten zu hoch sind. Dadurch werden sie von ihrem sozialen Umfeld, Begegnungsorten, einschlägigen Initiativen und Hilfsangeboten abgeschnitten. Die zentrale städtische Lage ist daher ein wichtiger Faktor bei der Wohnungssuche für Menschen mit Fluchtgeschichte.

„Bei mir ist es ein bisschen anders, weil meine Schwester, mein Schwager und mein Bruder schon hier sind. Das bedeutet, dass ich eine Bürgerschaft habe. Aber viele haben diese Möglichkeit nicht. Deswegen gibt es Leute, die bis heute keine Wohnung gefunden haben. Du brauchst Vitamin B, also Beziehungen. Ohne Vitamin B hast du viele Schwierigkeiten.“

Interviewpartner:in aus Afghanistan

Handlungsempfehlungen

- Oft stellen die bürokratischen Hürden und komplexe Miet- und Rechtslagen für Menschen mit Fluchtgeschichte bei der Wohnungssuche eine Herausforderung dar. Zur Erleichterung sollten ihnen Informationen über den Wohnungsmarkt, die Mietgesetze und ihre Rechte und Pflichten als Mieter:in klar und verständlich in unterschiedlichen Sprachen bereitgestellt werden, um Missverständnisse und Ausbeutung zu verhindern.
- Um rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken, sollten vermehrt Fälle von Wohnungsabsagen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Sprache gemeldet werden. Dies erfordert eine verbesserte Sichtbarkeit von Antidiskriminierungsstellen, um sicherzustellen, dass Menschen wissen, an wen sie sich wenden können.
- Der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr für Menschen mit Fluchtgeschichte sollte gewährleistet sein, um einerseits günstigen Wohnraum auch außerhalb der Kerngebiete anmieten zu können und um dann andererseits Angebote wie Integrations- und Sprachkurse, offene Lernangebote, Beratungsgespräche oder Weiterbildungskurse in Anspruch nehmen zu können.
- Haupt- und ehrenamtliche Organisationen stellen eine wichtige Brücke zwischen Geflüchteten und Vermieter:innen, Wohnungseigentümer:innen sowie Makler:innen dar. Geflüchtete sind auf ihre Unterstützung angewiesen. Um eine adäquate Beratung und Begleitung leisten zu können, sollten Unterstützungsnetzwerke durch finanzielle und personelle Ressourcen verstärkt werden. Zudem bedarf es eines Ausbaus geförderter Unterstützungsdienste und Beratungsstellen im ländlichen Raum.

„Also ein sicheres, sauberes Wohnen in einer Infrastruktur, wo ich Bus und Bahn nutzen kann, ist einer der Dreh- und Angelpunkte für gute Integration. Weil, wenn das nicht der Fall ist, können die Personen nur sehr schwer ihren Alltag strukturieren und Termine wahrnehmen. Wir kennen das selbst – wenn wir irgendwo untergebracht sind, wo wir nicht das Gefühl haben, einen Rückzugsort zu haben, sich ordentlich zu duschen und sauber zu machen, dann ist es für mich schwerer im Alltag zu agieren. Das heißt, Wohnen und eine sichere Unterbringung mit einer Anbindung an Infrastruktur sind wichtig.“

Bildungsexpert:in im Bereich Migration und Flucht



Gesundheit

Menschen mit Fluchtgeschichte haben oft mit sehr spezifischen physischen und psychischen Problemen zu kämpfen. Daher ist der Zugang zum Gesundheitssystem von immenser Bedeutung. Doch auch in diesem gesellschaftlichen Teilbereich sind Geflüchtete mit großen strukturellen und sozialen Herausforderungen konfrontiert.

Sprachbarrieren

Ein zentrales Problem, das im Zuge der Studie wiederholt thematisiert wurde, sind die Sprachbarrieren. Viele Geflüchtete verfügen vor allem bei ihrer Ankunft in Deutschland nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, um sich im Gesundheitssystem verständigen zu können. Dies kann zu Missverständnissen führen und den Zugang zu medizinischer Versorgung erschweren. Die Kommunikation zwischen Patient:innen und Ärzt:innen und anderem medizinischen Personal ist jedoch entscheidend für die Diagnose und die effektive Behandlung von Gesundheitsproblemen. Daher ist die Verfügbarkeit von Sprachmittler:innen und mehrsprachigem medizinischem Personal von zentraler Bedeutung.

Bürokratische Hürden

Ein weiteres Hindernis ist die bürokratische Komplexität des deutschen Gesundheitssystems. Während des Asylverfahrens und im Falle einer Duldung beschränkt sich die gesundheitliche Versorgung meist nur auf akute Notfallsituationen und verpflichtende Impfungen. Der Umfang der medizinischen Versorgung für Geflüchtete ist im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt, was zu unterschiedlichen Leistungen in den Bundesländern führt. Sowohl auf Bundesebene als auch auf Landes- und Kommunalebene variieren gesetzliche Regelungen stark. Einige Kommunen wie Trier haben spezielle Regelungen, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung erleichtern. Hier gibt es die sogenannte „Gesundheitskarte“, die auch während der Duldung wie eine normale Krankenkassenkarte funktioniert.

Psychische Gesundheit

Psychische Gesundheit ist ein besonders sensibler Bereich. Viele Menschen haben traumatische Erfahrungen während ihrer Flucht gemacht, die zu psychischen Erkrankungen führen können. Hierbei verschwimmen oft die Grenzen zwischen physischer und psychischer Gesundheit. Die Verfügbarkeit von psychotherapeutischer Versorgung ist stark begrenzt und schwer zugänglich: Es fehlt generell an psychotherapeutischen Angeboten, insbesondere mit transkulturellem Fokus. Unsere Daten zeigen deutlich den dringenden Bedarf an geschulten Sprachmittler:innen und ausreichend qualifizierten Therapeut:innen, die die Sprache der Geflüchteten sprechen und kulturell sensibel agieren können. Zudem werden kulturelle und soziale Unterschiede im Umgang mit psychischer Gesundheit deutlich. In einigen Herkunftsländern werden psychische Krankheiten stark stigmatisiert, was dazu führen kann, dass Betroffene keine therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen. Dies stellt eine weitere Herausforderung dar, die es verstärkt zu berücksichtigen gilt und der mit großer Sensibilität begegnet werden muss.

„Also erst mal sind die grundlegenden Dinge wichtig für Personen, die hier ankommen. Es wird oft gesagt: ‚Sofort die Sprache lernen‘, aber vorher ist noch ein Schritt, der manchmal vergessen wird – die Gesundheit. Denn aufgrund der Fluchterfahrung wird es manchmal übersehen, dass Personen auch erst mal ankommen dürfen. Also Personen sofort in die Arbeit zu schicken oder in Integrationskurse, dazu sind manche nicht in der Lage und da muss man erst mal schauen: Wie können Strukturen geschaffen werden, dass sie aufgefangen werden? Und auch zur Ruhe kommen dürfen. Die psychologische Versorgung ist schwierig, nicht nur für Personen, die Migrationserfahrung haben, auch für uns.“

Migrationsberater:in



Psychische Gesundheit und Asyl

Traumata prägen nicht nur das Alltagsleben und die sozialen Beziehungen fundamental, sondern beeinflussen auch das Asylverfahren. Zudem können die Begegnungen mit staatlichen Autoritäten und insbesondere BAMF-Befragungen bestehende Traumata verstärken. Es kommt vor, dass Menschen mit Fluchtgeschichte während der persönlichen Anhörung keine konsistente Erzählung über das traumatische Erlebnis machen können. Wie uns Forschungsteilnehmer:innen berichten, kann dies zu Fehleinschätzungen bei der Beurteilung von Fluchtberichten führen, was gravierende Auswirkungen auf Asylbescheide hat.

Unterstützungsnetzwerke

Ehrenamtliche und hauptamtliche Unterstützer:innen haben eine wichtige Rolle bei der Bewältigung dieser Herausforderungen. Sie helfen bei der Kontaktaufnahme, vereinbaren Termine, leisten oder organisieren Übersetzungshilfe und begleiten in manchen Fällen die Geflüchteten zum Termin. Die Menschen, die sich in der Fluchthilfe engagieren, bieten nicht nur praktische Hilfe an, sondern fungieren auch als „Fürsprecher:innen“, die einschreiten, wenn Grenzen überschritten werden oder wenn es darum geht, psychische Belastungen zu erkennen und angemessen damit umzugehen. Ihre Rolle als Brückenbauer:innen zwischen den Geflüchteten und dem Gesundheitssystem ist von großer Bedeutung.

In den Interviews und Gesprächen wird deutlich, dass Menschen mit Fluchtgeschichte vor allem dann Unterstützung benötigen, wenn sie aufgrund von Geschlechtsidentität, Sexualität oder Alter besonders vulnerabel sind und Diskriminierung erfahren.

„Wenn man keine Netzwerke hat, ist es bei der medizinischen Versorgung ganz schwierig an Ärzte heranzukommen. Weil das natürlich auch anstrengend ist. Wir haben hier einen Ärztemangel. Jetzt kommt da eine Patientin, die nur gebrochen Deutsch spricht. Da muss man natürlich viel mehr Zeit aufwenden, um herauszufinden, was los ist. Diese Geduld haben viele Ärzte aber nicht.“

Migrationsberater:in

Handlungsempfehlungen

- Die Bedürfnisse und Herausforderungen im Bereich der physischen und psychischen Gesundheit sollten von staatlicher Seite stärker in den Fokus genommen werden, sowohl während des Asylverfahrens als auch danach. Dies erfordert Investitionen in Schulungen, Sensibilisierung und den Ausbau von Dienstleistungen im Gesundheitswesen. Insbesondere die psychotherapeutische Versorgung gilt es zu erweitern, um den besonderen Bedürfnissen von geflüchteten Menschen gerecht zu werden. Hierbei kann auch die Vereinfachung der Einwanderung von Fachkräften nützlich sein, um mehrsprachiges Personal in Deutschland zu akquirieren und im therapeutischen Rahmen einsetzen zu können.
- Bürokratische Hürden, die den Zugang zu medizinischer Versorgung erschweren, sollten abgebaut werden, indem einheitliche Regelungen im Umfang und im Zugang zu ärztlicher Behandlung getroffen werden. Hierfür kann auch das Modell der Trierer Gesundheitskarte ausgeweitet werden.

Fazit

Die Ergebnisse unserer qualitativen Pilotstudie zeigen, dass die dargestellten Integrationsfelder eng miteinander verwoben sind und ein komplexes Bild der Integrationsanforderungen und Integrationspraxis schaffen. Was Integration ist und wie sie letztendlich gestaltet wird, hängt nicht nur von staatlichen Maßnahmen und Programmen ab, sondern von strukturellen Bedingungen, sozialen Beziehungen, vielfältigen Wertvorstellungen und lokalen Kontexten.

Integration hat auch eine emotionale Ebene, jenseits von rechtlich und staatlich vorgegebenen Forderungen, politischen oder ökonomischen Maßnahmen. Diese Ebene wird in der deutschen Integrationspraxis oft vergessen. Vor allem bedeutet für viele Menschen mit Fluchtgeschichte Integration das Gefühl „angekommen zu sein“, sich in einer Gesellschaft „wohlfühlen“ und einen Platz für eine eigene Lebensgestaltung und die Verwirklichung von Zukunftsvorstellungen haben zu können. Gerade für Menschen mit Fluchtgeschichte ist dieses Ankommen aufgrund ihrer Fluchterfahrung, des Verlusts ihrer Rechte während der Flucht und dem Wunsch nach Alltag und Normalität in der „neuen Heimat“ extrem wichtig.

Die Problematik des Begriffs „Integration“ wurde von vielen Forschungsteilnehmer:innen thematisiert. Von einigen wurde betont, dass Integration keine individuelle Anpassung ist, sondern die soziale Bereitschaft bedeutet, sich auf Vielfalt einzulassen und gemeinsam an einer inklusiven Gesellschaft zu arbeiten. Integration wird als ein wechselseitiger Prozess verstanden, bei dem Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – aktiv Teil der Gesellschaft sind.

Differenzierte Konzeptualisierungen von Integration sollten zentraler Bestandteil einer zeitgemäßen Integrationspolitik sein. Die Zuschreibung „integriert“ oder „nicht integriert“ beruht auf gesellschaftlichen Wertvorstellungen, laut denen die sogenannten „Anderen“ den sozialen Zusammenhalt einer imaginierten homogenen Gesellschaft potenziell gefährden. Oft ist dieses Narrativ an bestimmte Minderheiten geknüpft. Integrationspraktiken zielen häufig darauf ab, diese „Anderen“ durch bestimmte Maßnahmen in die sogenannte Mehrheitsgesellschaft einzugliedern. Das Augenmerk dadurch nur darauf zu lenken, ob Menschen mit Fluchtgeschichte die Integrationsanforderungen einer Mehrheitsgesellschaft oder eines Nationalstaates erfüllen, ist eine kurzsichtige Perspektive auf einen viel zu komplexen Prozess.

Erfolgreiche Integration bedarf der kollaborativen Praxis aller beteiligten Akteur:innen und dem Ineinandergreifen öffentlicher Institutionen, ehrenamtlicher Initiativen und gesellschaftlicher Kräfte im Sinne einer Lernkultur, die Inklusion und Teilhabe zum Ziel hat und größtmögliche Selbstbestimmung von Menschen mit Fluchtgeschichte in diesem Prozess ermöglicht. Die Handlungsempfehlungen verstehen sich als Impulse in dem Bemühen, das Ankommen von Menschen mit Fluchtgeschichte zu erleichtern, Teilhabechancen zu vergrößern und gemeinsam eine demokratische Gesellschaft zu leben.

Danksagung

Das Projektteam bedankt sich bei allen, die zum Gelingen dieser Pilotstudie beigetragen haben. Unsere Wertschätzung gebührt insbesondere jenen, die sich die Zeit genommen haben, um ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit uns zu teilen. Ein ganz besonderer Dank gebührt den Menschen, die Fluchterfahrungen gemacht haben und uns Einblicke in ihr Leben in Deutschland ermöglicht haben.

Besonders bedanken wir uns auch in alphabetischer Reihenfolge bei: Ahmadiyya Muslim Jamaat Gemeinde Trier, Amt für Soziales und Wohnen Stadt Trier, Arbeitskreis Flüchtlinge Trier-Ehrang, Café International Trier-Ehrang, Caritas-Sozialstation Konz, Caritasverband Trier e. V., Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Bitburg-Prüm e. V., Diakonisches Werk der Ev. Kirchenkreise Trier, Simmern-Trarbach und An Nahe und Glan, Ehrenamtsagentur Trier, Frauentreff Cafétterra Kastellaun, Handwerkskammer Trier, Multikulturelles Zentrum Trier e. V., SCHMIT-Z e. V. Trier und Treffpunkt am Weidengraben e. V.

Ebenso bedanken wir uns bei im Ehrenamt engagierten Einzelpersonen. Ein großer Dank für die Einführung in die Komplexität des deutschen Asylrechts geht außerdem an Shekko Usso.



Zur Pilotstudie

Impressum

Die Pilotstudie "Integration und Teilhabe: Perspektiven von Geflüchteten, ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlich Tätigen in Trier und Umgebung" wurde in Kooperation der Professur für Ethnologie an der Universität Trier und dem Katholikenrat im Bistum Trier von Oktober 2022 bis September 2023 durchgeführt.

Projektverantwortung: Jun.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gerhild Perl (Universität Trier) und Hans Casel (Bistum Trier)

Universität Trier

Projektleitung: Jun.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gerhild Perl und Dr.ⁱⁿ Anett Schmitz

Projektteam & Forschungsdurchführung: Jerome Jakob, Svenja Ludwig, Aylin Albayrak, Svetlana Gussenko, Anna Kreutz und Gala Sprengart

Datenaufbereitung: Jerome Jakob und Svenja Ludwig

Datenanalyse und Interpretation: Svenja Ludwig, Jerome Jakob, Gerhild Perl und Anett Schmitz

Projektadministration: Julian Lechner, FZE (Forschungszentrum Europa)

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Martin Lörsh und Prof. Dr. Michael Schönhuth

Katholikenrat im Bistum Trier

Verantwortliche: Hans Casel, Dr.ⁱⁿ Maria Decker, Joachim Kozlowski

Universität Trier

Universitätsring 15
D-54296 Trier

Bistum Trier

Mustorstraße 2
D-54290 Trier

Hrsg.: Universität Trier, Professur für Ethnologie & Katholikenrat im Bistum Trier

Gestaltung und Layout: Jannika Samson mit Unterstützung von Svenja Ludwig

Druck: ensch-media

Verantwortlich für den Inhalt: Gerhild Perl und Anett Schmitz

Oktober 2023

Diese Studie wurde unterstützt von:

